



Komfortabel, aber nicht billig: Wohnraum in Mehrfamilienhäusern im Gebiet Breitenfeld.

FOTO: MICHAEL HABERER

BZ, 20. Juli 16

# Wie ist sozialer Wohnungsbau zu leisten?

Gesprächsrunde auf Einladung des CDU-Stadtverbandes brachte nur wenig neue Erkenntnisse

Von Michael Haberer

KENZINGEN. Was unternehmen Bund und Land, um den sozialen Wohnungsbau wieder anzukurbeln? Welche Aufgaben können die Gemeinden übernehmen? Die CDU Kenzingen hatte am Montagabend ins Rathaus eingeladen, um diese Fragen zu diskutieren. Gesprächspartner waren der CDU-Landtagsabgeordnete Tobias Wald, wohnungsbaupolitischer Sprecher seiner Fraktion, Joachim Blank von der Liga der freien Wohlfahrtspflege im Kreis, Sachverständiger Frank Pfaff und Kenzingens Bürgermeister Matthias Guderjan. Fazit: Für eine größere Diskussion mit den wenigen Anwesenden, die nicht von der CDU waren, blieb wenig Zeit. Auch von den speziellen Herausforderungen in Kenzingen war kaum die Rede.

CDU-Fraktionssprecher Eberhard Aldinger kündigte eingangs an, man wolle sich des Stiefkinds „Sozialer Wohnungsbau“ annehmen. Bürgermeister Guderjan wandte sich zunächst an die SPD, die mit ihrer Vorsitzenden Elke Curdts-Müller und drei Stadträten vertreten war. Er sei es leid, ständig von der SPD „angeschossen“ zu werden, etwas für den sozialen Wohnungsbau zu tun, sagte Guderjan und verwies darauf, dass die SPD in der Landesregierung in dieser Sache nichts bekommen habe. Gleichzeitig verlange die SPD Anstrengungen von Städten wie

Kenzingen. Guderjan rechnete vor, wie viel ein neu gebauter Quadratmeter Wohnraum koste und wie wenig sozialer Wohnungsbau damit zu machen sei. Er fragte, weshalb die Stadt sozialen Wohnungsbau subventionieren solle.

Weiter kritisierte Guderjan die Kenzinger CDU für ihre Haltung beim Coats-Areals, die nicht zu den Botschaften des Abends passe. Die CDU erteilte einer zu massiven Bebauung eine Absage. Er betonte, erst in jüngster Zeit sei Geschosswohnungsbau überhaupt wieder ein Thema in Kenzingen und mit dem Bau teurerer moderner Wohnungen würden alte Wohnungen für weniger Begüterte frei.

## Pfaff: Druck auf Wohnraum und Bauland wird wachsen

Gerade weil Wohnungsbau nicht nur für sozial schwache, sondern auch für Familien mit nicht so großem Geldbeutel nicht erschwinglich sei, müsse der Staat und die Kommunen als Gewährleister der Daseinsvorsorge einspringen, sagte Joachim Blank und merkte an, dass die Neubaugebiete in Städten und Gemeinden wie Kenzingen für den Privaterwerb konzipiert seien, was Menschen, die in Miete leben müssen, weitgehend ausschließe.

Frank Pfaff schilderte die Situation auf dem Bau- und Wohnungsmarkt angesichts der Situation, dass nach den Prognosen Freiburg in den kommenden Jah-

ren einen weiteren Zuwachs erlebe, mit dem man dort zum Beispiel dreimal den Stadtteil Rieselfeld bevölkern könnte. Eine Konsequenz sei, dass wegen der jetzt schon exorbitant gestiegenen Preise für Wohnraum die Freiburger sich im Umfeld der Breisgauemetropole ihre Häuschen bauen würden und auch da der Druck auf Wohnraum und Bauland wachse. Er stellte in den Raum, ob Forderungen des Gesetzgebers nach noch höheren, auch energetischen Standards sinnvoll seien, auch weil sie das Bauen noch mehr verteuern. Von Seiten der SPD-Teilnehmer der Runde kam die Frage, ob man dem nicht entgegensteuern könne, indem man eben nicht nur dreigeschossig baue. Aldinger verwies darauf, dass dies noch Thema werde. An diesem Abend kam es aber nicht mehr zur Sprache.

Tobias Wald begann seinen Part mit Ausführungen, wie wenig Grün-Rot für den Wohnungsbau getan habe. Mit der CDU würden nun die Hürden wieder abgebaut und auch mehr Bauland zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig soll nicht mehr nur Wohnraum in ausgesuchten Ballungsräumen finanziell gefördert werden, sondern auch in der Fläche. Anstelle des bisherigen „Förderdschungels“ sollen die Kriterien, wer für seinen Wohnungsbau Förderung bekommen kann, vereinfacht werden, und anstatt der Behörden sollen die Berater der Banken die Vermittler sein, sagte Wald, der gelernter Banker ist.